

Nr. 19/838

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Sportlehrerinnen, Sportlehrer und Sportunterricht an Schulen im Land Bremen – Sachstand und Zukunft

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1103](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. August 2017
(Drucksache [19/1183](#))

2. Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen fördern

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/1127](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1244](#))

3. Integrierte Modelle eines kontinuierlichen Deutschunterrichts als Alternative zum Vorkursmodell?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1223](#))

4. Möglichkeiten, Zulässigkeit und Notwendigkeit einer Landesausbildungsumlage im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 20. September 2017
(Drucksache [19/1250](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1430](#))

5. Ermittlung von Sozialindikatoren und Sozialstufen für die allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 2. November 2017
(Drucksache [19/1283](#))

6. Wie sicher können die Bremer sich im Viertel und im gesamten Stadtgebiet noch fühlen?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. November 2017
(Drucksache [19/1354](#))

Nr. 19/839

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Erhebung einer Tourismusabgabe

Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2017

(Drucksache [19/1136](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/840

Bericht der Freien Hansestadt Bremen vom September 2017 zur Verlängerung des Sanierungsprogramms

Mitteilung des Senats vom 26. September 2017

(Drucksache [19/1251](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/841

Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 3 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes – Stabilitätsbericht 2017 –

Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017

(Drucksache [19/1259](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/842

Fachkräftesicherung in der Altenpflege

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 15. November 2017

(Drucksache [19/1380](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 5. Dezember 2017

(Drucksache [19/1427](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Der Senat wird aufgefordert,

1. ein Sonderprogramm zum Qualifikationserwerb in der Altenpflege für besondere, in den Arbeitsmarkt zu integrierende Gruppen (Langzeitarbeitslose, Geflüchtete, Alleinerziehende) zu prüfen und im Erfolgsfall zu konzeptionieren und durchzuführen;
2. hilfsweise im Rahmen der Bremer Pflegeinitiative begleitende Maßnahmen durchzuführen, um die vorhandenen Plätze vollständig zu besetzen;
3. bei einer über das vorhandene Platzangebot hinausgehenden Nachfrage die Platzzahl entsprechend zu erhöhen und

4. regelmäßig in der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und in der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration über den Fortgang des Projektes zu berichten.

Nr. 19/843

Wohnraumbeschaffung ist Schwerpunkt auch im Haushalt

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. November 2017
(Drucksache [19/1381](#))

1. Der Senat wird aufgefordert, auf Grundlage der Evaluation der beschlossenen Förderungsprogramme, das 3. Wohnraumförderungsprogramm um ein Darlehensvolumen von weiteren 40 Mio. € aufzustocken. Diese Aufstockung soll in Form einer Darlehensfinanzierung der Bremer Aufbau-Bank GmbH aufgelegt werden, wobei die erforderliche Zinsverbilligung sowie etwaige Ausfälle – wie bisher – aus dem Treuhandvermögen Wohnungsbau – Land – finanziert werden.
2. Der Senat wird aufgefordert, aus den bereits reservierten Mitteln aus der Gewoba-Gewinnabführung ein Programm zur Förderung der Eigentumsbildung aufzulegen. Dieses Förderprogramm soll wie folgt strukturiert werden: Wer erstmals neuerrichtetes Wohneigentum oder nach der erstmaligen Umnutzung ehemaliger Gewerbeimmobilien zu Wohnzwecken (ungewöhnlich Wohnen) zur Eigennutzung erwirbt, minderjährige im Haushalt lebende Kinder hat und in einem Ortsteil mit starker sozialer Belastung kauft, dem ersetzen wir die Grunderwerbsteuer, die Grundbuchgebühren, gegebenenfalls anfallende Baugenehmigungsgebühren und die Notarkosten. Die Förderung ist begrenzt auf Objekte, deren Kaufpreis 330 000 € nicht überschreitet.
3. Der Senat wird aufgefordert, als ein zusätzliches Programm für den Ein-Personen-Wohnraumbedarf
 - a) mit den zur Verfügung gestellten Planungsmitteln, die Errichtung von vier zusätzlichen Studierendenwohnheimen so voranzutreiben, dass mit der Verabschiedung des Wissenschaftsplans 2020 zeitnah mit dem Neubau begonnen werden kann;
 - b) mit der Bremer Heimstiftung und dem Studentenwerk in Verhandlungen zu treten, um die zeitnahe Errichtung eines Studentenwohnheims im Rahmen der Quartiersentwicklung Stiftungsdorf Ellener Hof zu realisieren;
 - c) mit den zur Verfügung gestellten Planungsmitteln nach Hamburger Vorbild den Bau eines Azubiwohnheims gegebenenfalls in vorhandenen Gebäuden oder auf bremischen Flächen so voranzutreiben, dass spätestens mit der Beschlussfassung über den Haushalt 2020, ein dann bereits ausgewählter Träger die erforderlichen Baumaßnahmen durchführen kann, bzw. mit den ausschließlich für den Umbau des Jacobushauses eingestellten Mitteln, bereits bei wirtschaftlicher und rechtlicher Realisierbarkeit im Jahr 2018 mit dem Bau zu beginnen, und
 - d) über den Programmfortschritt und -umsetzung regelmäßig zu berichten.

4. Der Senat wird aufgefordert, durch Erarbeitung eines Zweckentfremdungsgesetzes nach dem Vorbild anderer Bundesländer, dem Einsatz von zwei zusätzlichen Kontrolleuren über die Einhaltung des Wohnungsaufsichtsgesetzes und der Zweckentfremdungsverordnung in der Stadt Bremen und der Schaffung eines Bremerhavener Pilotprogramms „Revitalisierung von aufgegebenen Immobilien“ nach dem Rotterdamer Klushuizen-Konzept bereits vorhandenen Raum dem Wohnungsmarkt wieder zuzuführen.

Nr. 19/844

Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017
(Drucksache [19/1412](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/845

Bremerhaven an Verstärkungsmitteln für Schulen und Kindertagesstätten angemessen beteiligen – kommunalen Finanzausgleich solidarisch gestalten!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 30. November 2017
(Drucksache [19/1423](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/846

Unterhaltsvorschüsse konsequent einfordern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. November 2016
(Drucksache [19/853](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/847

Sechs zusätzliche Richterstellen schaffen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1117](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/848

Haushalte 2018 und 2019 – Die Bedarfe des Landes sind durch solide Schwerpunktsetzung mit Weitsicht anzugehen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1426](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/849

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 sowie Finanzplanung 2017 bis 2021

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache [19/1224](#))

2. Lesung

Dazu Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE (Drucksachen [19/1290](#) bis [19/1323](#), [19/1357](#) bis [19/1367](#) und [19/1370](#)), Änderungsanträge der Fraktion der FDP (Drucksachen [19/1324](#) bis [19/1326](#), [19/1328](#) bis [19/1331](#), [19/1333](#), [19/1338](#), [19/1339](#), [19/1347](#), [19/1348](#), [19/1351](#), [19/1371](#) bis [19/1376](#), [19/1394](#) bis [19/1401](#)) und Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksachen [19/1382](#) bis [19/1393](#), [19/1402](#), [19/1404](#) und [19/1408](#) bis [19/1411](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE (Drucksachen 19/1290 bis 19/1323, 19/1357 bis 19/1366 und 19/1370) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion der FDP (Drucksachen 19/1324 bis 19/1326, 19/1328 bis 19/1331, 19/1333, 19/1338, 19/1339, 19/1347, 19/1348, 19/1351, 19/1371 bis 19/1376, 19/1394 bis 19/1401) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksachen 19/1383 bis 19/1389, 19/1391, 19/1402, 19/1404, 19/1408 bis 19/1410) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drucksache 19/1393) wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die im Produktgruppenhaushalt 2018/2019 enthaltenen Angaben (Basisinformationen, Angaben zum Ressourceneinsatz, zu den Leistungszielen/-kennzahlen, Vergleichskennzahlen, Kapazitätsdaten etc.) in den Fällen anzupassen, in denen

1. die vollständige Trennung des Produktgruppenhaushalts in Landes- und städtische Produktgruppen und Produktbereiche noch nicht vollzogen wurde,
2. im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen für die Jahre 2018/2019 eine Veränderung von Produktbereichs- bzw. Produktgruppenbudgets in einem für das jeweilige Budget erheblichem Umfang erfolgte,
3. zu den Personaldaten aktuellere Angaben zum voraussichtlichen Personalbestand in den Jahren 2018/2019 vorliegen,
4. zwischenzeitlich von den Ressorts neue bzw. aktualisierte – den Informationsgehalt der vorliegenden Produktbereichs- bzw. Produktgruppenblätter verbessernde – Angaben erarbeitet werden konnten.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Produktgruppenhaushalte für die Jahre 2018 und 2019.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die kameralen Haushaltspläne einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung für die Jahre 2018 und 2019.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 19/1382) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drucksache 19/1390) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Jahre 2018 und 2019.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die kameralen Stellenpläne für die Jahre 2018 und 2019.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drucksache 19/1392) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte für die Jahre 2018 und 2019.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 19/1367) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drucksache 19/1411) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 3 des Antrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drucksache 19/1411) wie folgt zu:

3. Der Senat wird gebeten, die sich aus den beschlossenen parlamentarischen Änderungsanträgen ergebenden Veränderungen in Anlage 1 zu den Haushaltsgesetzen 2018 und 2019 bei der Verkündung der Haushaltsgesetze zu berücksichtigen.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2018 in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2019 in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Haushaltsportrait 2018/2019 und von dem Finanzplan 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung Kenntnis.

Nr. 19/850

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 sowie Finanzplanung 2017 bis 2021

Unterhaltsvorschüsse konsequent einfordern
Sechs zusätzliche Richterstellen schaffen!
Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 4. Dezember 2017
(Drucksache [19/1425](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.